

## Rede an meine Mitmenschen

# Zur Wiederherstellung der Menschlichkeit, des Sozialstaatsprinzips, in Deutschland

Stand Mai 2025

Rede an meine Mitmenschen – Stand Mai 2025

Liebe Mitmenschen,

ich spreche heute nicht als Ideologe, nicht als Parteimitglied, nicht als Gegner von irgendetwas – ich spreche als ein Mensch, der im eigenen Leben erfahren musste, dass der deutsche Sozialstaat, wie er gedacht war, nicht mehr existiert.

Was ich erlebt habe – in Behörden, bei Gericht, auf der Straße, in den eigenen vier Wänden – ist nicht Einzelschicksal, sondern Ausdruck eines strukturellen Versagens: im Verwaltungsrecht, im Sozialrecht, im Verkehrsrecht, im Rechtsschutzsystem und, ganz besonders, im Umgang mit der Menschenwürde selbst.

Am 8. Mai 1949 beschloss der Parlamentarische Rat den Grundsatz:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ – Artikel 20 des Grundgesetzes.

Dieser Satz bedeutet: Wir erschaffen Institutionen, die dem Menschen dienen – nicht umgekehrt. Doch heute ist dieser Grundsatz gestürzt.

Wir dienen nicht mehr dem Menschen, sondern der Exekutive, der Bürokratie, der Norm.

Wer in Not gerät, wird nicht aufgefangen, sondern verwaltet, sanktioniert, pathologisiert.

Wir haben vergessen, warum es Deutschland in dieser Form überhaupt geben sollte.

Viele Menschen sind längst in Angst, Isolation und Depression abgerutscht.

Nicht, weil sie schwach sind – sondern weil sie an einem System zerbrechen, das ihnen nicht mehr zuhört.

Wir haben Angst vor dem Jobcenter. Angst vor dem Briefkasten. Angst, krank zu werden. Angst, zu viel zu sagen.

Deutschland hat sich von einem Staat des Vertrauens zu einem System der Kontrolle und Einschüchterung entwickelt.

Der Begriff „German“ steht nicht mehr für Qualität, Kultur oder Verantwortung. Er steht im Ausland – und längst auch hier – für: Angst. Pflichterfüllung. Gefühlsarmut. Verlust an Mitgefühl, Depression.

Ich habe angekündigt öffentlich zu machen, was mir widerfahren ist – und wurde dafür von Freunden gewarnt, „man werde mich bald in die Zwangsjacke stecken“.

Ich wurde von Familienmitgliedern beschimpft, ich solle endlich „einen normalen Job machen und aufhören, für ein besseres Deutschland zu kämpfen, aufhören mit Persönlichkeitsentwicklung“ – sonst sei ich nichts mehr wert. Ich könne wohl nur auf Quacksalverei herein gefallen sein, so wie ich spreche.

Diese Haltung zieht sich nicht nur durch mein persönliches Umfeld – auch staatliche Stellen begegneten mir mit Ablehnung statt Hilfe.

Frühzeitig hat der zuständige Sachbearbeiter für Selbstständige in meinem Fall beim Jobcenter jede Unterstützung abgelehnt – mit den Worten: "Ihre Existenz ist für mich gescheitert." Ohne sich meine Vorschläge oder Ideen auch nur anzuhören, wurde mein Potenzial zur gesellschaftlichen Teilhabe pauschal verworfen. Als er ein Jahr später nachfragte, bestritt er sogar seine ursprüngliche Aussage.

Und vom örtlichen Rechtspfleger wurde meine existenzielle Notlage derart verschleppt, dass ich gezwungen war, ohne anwaltliche Hilfe vor das Sozialgericht zu ziehen – um mein Menschenrecht auf Existenz zu verteidigen.

Mein Bett ist durchgelegen, die Couch kaputt. Die meisten meiner Kleider trage ich seit über zehn Jahren. Die Wohnung ist unbezahlbar geworden – doch ein Umzug ist ausgeschlossen. Ich beziehe Bürgergeld, befinde mich in der Insolvenz, und genau deshalb sagt man mir: „Ziehen Sie doch um.“ Dass das weder finanziell noch gesundheitlich machbar ist, wird ignoriert. Bei der Wohnungssuche empfehlen mir Vermieter: „Ich würde Ihnen anraten, doch erstmal sauber durch die Insolvenz zu gehen, bevor Sie überhaupt an einen Umzug denken.“

Ich befinde mich inzwischen in einer Situation, aus der es absolut unmöglich ist, ohne die Hilfe des Staates wieder herauszukommen. Ich bin für meine Kinder eingesprungen, als sie meine Hilfe dringend benötigten. Dafür habe ich meine selbstständige Tätigkeit unterbrochen, den Bezug von Bürgergeld in Kauf genommen und die zunehmende Belastung getragen – auch psychisch. Als ich schließlich ein langfristiges Projekt zur mentalen Stärkung meiner Mitmenschen und mir selbst aufbauen wollte – ein Projekt, das gleichzeitig Berufung und wirtschaftliche Perspektive gewesen wäre – wurde ich durch das Finanzamt in die Insolvenz getrieben.

Man sagte mir: „Entweder arbeiten Sie Ihre Steuern der vergangenen Jahre sofort vollständig auf oder melden ganz schnell Insolvenz an – sonst passiert etwas ganz Schlimmes.“

Jetzt bin ich insolvent. Ich lebe in einer überteuerten Wohnung. Wohnraum ist knapp. Sozialwohnungen haben jahrelange Wartezeiten. Durch die Kombination von Insolvenz und Bürgergeldbezug sagen Vermieter: „Jobcenter nehmen wir nicht.“ Das Jobcenter wiederum sagt: „Beenden Sie erstmal Ihre Insolvenz.“

So bekomme ich keine Wohnung. Und meine derzeitige Wohnung wird nicht übernommen. Im Obdachlosenheim jedoch kann ich meine Insolvenz nicht abschließen – und heraus komme ich auch nicht mehr. Eine staatlich geschaffene Sackgasse. Und niemand übernimmt Verantwortung.

Das Jobcenter verweigert die Übernahme der realen Wohnkosten mit der Begründung, es gebe genügend bezahlbaren Wohnraum – ein Zynismus, der die Lebensrealität von Millionen negiert. Man spricht durch die Blume: „Stellen Sie sich nicht so an.“

Es gibt keine Umzugshilfe. Keine Wohnungsangebote für mich, meist keine Rückmeldung. Kein Verständnis. Stattdessen wird so getan, als wäre damit das Wohnproblem erledigt – und nun beginne der nächste Akt: Ich solle mich gefälligst um meine berufliche Situation kümmern, ungeachtet der eingereichten Krankschreibungen, die konsequent ignoriert werden.

Man spricht über Aktivierungsmaßnahmen, Sanktionen, Mitwirkungspflichten. Aber niemand fragt, wie ich schlafen soll auf einem gebrochenen Sofa. Niemand fragt, wie ich Vorstellungsgespräche führen soll in zerrissenen Hosen und ohne Geld für Fahrkarten. Niemand sieht, dass ich längst im Zustand psychischer und physischer Erschöpfung lebe.

Dieses System spricht nicht mehr mit mir – es spricht über mich, gegen mich, vorbei an mir.

Ich bin kein Einzelfall. Ich bin das Gesicht eines strukturellen Zusammenbruchs im Sozialstaat.

Ich befinde mich an einem Punkt, an dem mir keine andere Wahl mehr bleibt: Die systematische Überforderung, das Ignorieren von Krankheit, das bewusste Vorenthalten existenzieller Sicherung durch Behörden hat meine Situation so zugespitzt, dass ich nicht in die stille Insolvenz und Anpassung gehen kann – sondern öffentlich einstehen muss. Für mich. Für andere. Für ein System, das den Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt.

Denn ich will nicht einfach „irgendeinen Job“, nur um Geld zu verdienen und Schulden zu tilgen, die nicht einmal der Verbesserung der Lebensqualität dienen, sondern bloß dem Überleben. Ich will nicht funktionieren für Strukturen, die keine Vision tragen, keinen echten Wandel ermöglichen und keinen Beitrag leisten zu einer Zukunft, in der Technologie dem Leben dient.

Wenn ich von technologischer Weiterentwicklung spreche, meine ich nicht bloßen Fortschritt im Sinne von Gewinnmaximierung – ich meine Lösungen, die unser Zusammenleben und unser Ökosystem stabilisieren. Ich kenne weitere Menschen, die – wie ich – an diesem System zerbrochen sind, und deren Fähigkeiten auch ausreichen würden, um Fragen wie die nachhaltige Energieversorgung oder die digitale Selbstbestimmung unserer Gesellschaft grundlegend zu lösen. Doch diese Potenziale bleiben ungenutzt, weil unser System sie nicht sehen will.

Ich bin von jeher jemand, der für Menschen da sein will. Nicht für Rendite, nicht für Wachstum um jeden Preis. Ich glaube an echten Fortschritt – technologisch, sozial, ökologisch. Und ich glaube, dass wir dafür Menschen brauchen, die nicht verbogen, verängstigt oder verarmt wurden, sondern denen zugehört wurde, wenn sie sagen: „So geht es nicht weiter.“

Im Straßenverkehr werden wir – selbst wenn wir krank, überfordert, hilfsbedürftig sind – von getarnten Blitzern überrascht, die nicht der Sicherheit, sondern der Einnahmeerzeugung dienen.

Wo früher gewarnt wurde, wird heute versteckt, getäuscht, geahndet.

Wir leben nicht mehr im Rechtsstaat – sondern im Mess- und Vollzugsstaat.

Deshalb sage ich heute:

Ich fordere meine vollständige Entschuldung, Entlastung und Rehabilitierung als Bürger dieses Staates – diesmal ohne das Absitzen der Insolvenz. Wenn ich etwas für dieses Land und diese Menschheit tun kann, dann möchte ich das sofort in die Tat umsetzen dürfen. Es darf nicht sein, dass ich drei Jahre warten, meine Gesundheit mühsam stabilisieren und am Ende dennoch bei null anfangen soll – ohne dass in der Zwischenzeit etwas für uns alle gewonnen wäre.

Ich fordere die Wiederherstellung meiner Rechte – nicht als Ausnahme, sondern als Beispiel für viele, die schweigen, weil sie nicht mehr sprechen können.

Und sollte mir das in diesem Land versagt bleiben, so fordere ich wenigstens das Recht, in Würde staatenlos zu leben, frei von einem System, das den Menschen nicht mehr schützt, sondern ihn aufgibt.

Ich bin nicht gegen den Staat – ich bin für einen Staat, der sich wieder an das erinnert, wofür er da ist:

Den Menschen zu dienen.